

europ^aaktuell



Unsere Region in Europa ★ Europa der Bürger

★★★★ Europaabgeordneter Hans-Peter Mayer informiert ★★★★★



Liebe Europäerinnen und Europäer,

der Frühling naht, und BSE, die Maul- und Klauenseuche sowie die Rindfleischvernichtung haben die Europäische Union wieder einmal auf die Titelseiten unserer Zeitungen gebracht.

Viele Landwirte in unserer Region sind von den Folgen der Krise betroffen. Maßnahmen zur Eindämmung der Krise sind notwendig, aber die EU zwingt die Mitgliedstaaten nicht zur Vernichtung von Rindfleisch.

Bei diesen direkten Auswirkungen europäischer Politik auf unsere Region wünschen sich viele Bürger zu sehen, wie Europa funktioniert. Immer mehr finden auch den Weg nach Brüssel oder Straßburg.

Das Echo auf dieses Angebot aus dem Oldenburger Raum und in Diepholz ist groß. Mitte Februar konnte ich wieder eine Gruppe aus zehn Landkreisen in Straßburg empfangen. Oft angesprochen wird dabei die Osterweiterung. Bis Ende 2001 hat die Europäi-

sche Union versprochen, daß sie selbst erweiterungsfähig sein wird. Um das zu erreichen, haben die Staats- und Regierungschefs im Februar den Vertrag von Nizza unterzeichnet, der die Institutionen so reformieren soll, daß sie auch mit 27 Mitgliedstaaten funktionieren.

Als Europaabgeordneter bin ich mit dem Ergebnis insgesamt nicht zufrieden. Mehr zu diesen Themen lesen Sie in diesem Infoblatt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Frühlingsanfang.

Ihr
Hans-Peter Mayer



Bis zur Erschöpfung: Marken

Sich präsentieren, Marke zeigen, das ist eine erfolgsträchtige Marketing-Strategie. Wer verbindet mit Namen wie Kodak, Davidoff, Levi's oder Mercedes nicht ganz bestimmte Produktmerkmale? Die typischen Stores, die jeweils Waren einer Marke verkaufen, sind fester Bestandteil unserer Einkaufsstrassen. Die Schattenseite solcher Erlebniswelten: die Preise von Markenware. Markenartikel „made in EU“ kosten den Unionsbürger in seiner Heimat mehr als beim Urlaub in den USA oder Asien.

Seit fast einem Jahr beschäftige ich mich jetzt mit diesem Thema. Anfang März habe ich einen Berichtsentwurf vorgelegt, in dem ich für die sog. internationale Erschöpfung der Markenrechte plädiere. Dies würde einen Mißbrauch des Markenrechts zur Marktsegmentierung und Preiskontrolle stoppen. Ziel des Markenrechts muß es sein, im Sinne des Verbrauchers die Herkunft und die gleichbleibende Qualität eines Artikels zu

gewährleisten. Die derzeitige Regelung ist jedoch ein Einfallstor für ein doppelbödiges Preissystem: Hohe Preise innerhalb der EU und niedrigere Preise außerhalb. Durch eine gezielte Kostenpolitik spaltet die Industrie den internationalen Markt. Nicht das Recht der Markeneigentümer muss gestärkt werden, sondern das Recht der Verbraucher.

Bei einer weltweiten Erschöpfung der Eigentumsrechte könnte der Markeninhaber nicht mehr verbieten, dass sich Groß- oder Einzelhändler auf dem Weltmarkt seine Produkte verschaffen, in die EU zurückimportieren und dort zu anderen Bedingungen anbieten.

Mein Berichtsentwurf, über den der Ausschuss für Recht und Binnenmarkt in diesem Monat entscheiden wird, schließt diese Lücke. Diesem Vorschlag hat sich inzwischen auch die amtierende Ratspräsidentschaft angeschlossen: Schweden hat den dringenden Handlungsbedarf erkannt.

Maul- und Klauenseuche - Notimpfungen sind unumgänglich

Die Maul- und Klauenseuche (MKS) hat sich von Großbritannien auf den Kontinent ausgebreitet. In den Niederlanden gewinnt sie immer weiter an Boden und droht, über die Grenze auch in die Bundesrepublik und den nahe gelegenen Oldenburger Raum überzuspringen. Die Konsequenzen für die Landwirte bei einem MKS-Befall sind verheerend: Wegen der extrem hohen Ansteckungsgefahr müssen nach der heutigen Rechtslage befallene Betriebe sofort abgesperrt und Klauentierbestände getötet werden. Daneben werden strenge Handelsrestriktionen auferlegt. Vor diesem Hintergrund ist die Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union in der derzeitigen Situation unverträglich. Es geht nicht um die Frage von flächendeckenden Impfungen. Diese fordert derzeit kein Mitgliedstaat. Eine allgemeine Impfung würde schon daran scheitern, daß in Europa derzeit nicht ausreichend Impfstoffe vorhanden sind. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei fordert aber sogenannte Notimpfungen, Ringimpfungen und „Schutzwallimpfungen“. Einen solchen Antrag sollte Bundeslandwirtschaftsministerin Künast endlich in Brüssel stellen. Das würde für uns im Oldenburger Raum bedeuten, daß wir uns gegenüber niederländischen Problemregionen wesentlich besser schützen könnten. Europaweit wären von einer allgemeinen Impfkation rund 300 Mio. Tiere betroffen. Nach

Ansicht der Europäischen Kommission müßten diese Tiere dann alle sechs Wochen geimpft werden, weil sich ständig neue Stämme der MKS bilden. Die geimpften Tiere sollte man allerdings nicht später alle keulen. Sie sollten einer vernünftigen Verwertung in der Region zugeführt werden. Es gibt keinen vernünftigen Grund, gesunde Tiere, die geimpft worden sind, später nicht zum Verzehr freizugeben. Die Impfungen würden allerdings nichts an der Notwendigkeit zu umfassenden Kontrollen ändern. Wir benötigen strikte Maßnahmen, um die Ausbreitung der Seuche einzudämmen. In den vergangenen Wochen wurde immer noch zu lasch gehandelt. Das erlebe ich selbst immer wieder an den Grenzübergängen, wenn ich nach Brüssel oder Straßburg fahre. Bei der hartnäckigen Haltung der Europäischen Kommission gegenüber einer allgemeinen Impfung kommt zumindest in Teilbereichen ein Umdenkungsprozeß in Gang, etwa bei der Impfung seltener Tierrassen in Zoos. Das Europäische Parlament hat sich vor zehn Jahren mehrheitlich gegen eine Beibehaltung der Impfungen bei MKS ausgesprochen. Es bleibt zu hoffen, daß sich meine Kollegen unter dem Eindruck der derzeitigen Seuche für Not-, Ring- und Schutzwallimpfungen aussprechen. Langfristig muß die Politik Wissenschaft und Forschung im MKS-Bereich stark fördern und fördern.





Europa live: Zu Besuch in Straßburg

Auf meine Einladung hin hat Mitte Februar eine Gruppe aus zehn Landkreisen das Europäische Parlament in Straßburg besucht. Europa stand ganz im Zentrum dieser dreitägigen Besucherreise. Bereits auf der Hinfahrt wurde ein Einblick in die verschiedenen europäischen Institutionen gegeben. Den Abend des ersten Tages habe ich genutzt, die Teilnehmer mit einer Multimedia-Präsentation über die speziellen

Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Institutionen zu informieren. Wichtig waren vor allem das Europäische Parlament und sein Zusammenspiel mit den anderen Einrichtungen. Am zweiten Tage stand der eigentliche Besuch im Parlament auf dem Programm. Nach einem kleinen Spaziergang durch das beeindruckende Gebäude sprach der Kommandeur während des Balkankrieges in Bosnien-Herzegowina, General Morillon, zu der Gruppe. Dann war die Besichtigung des Plenarsaals auf der Tribüne an der Reihe. Hier hatten die Besucher aus dem Oldenburger Raum die Möglichkeit, eine Debatte und Abstimmungen zu verfolgen. Gegen Mittag war der Besuch im Parlament beendet und die Gruppe brach auf zu einer Stadtrundfahrt bzw. einem Stadtrundgang durch Straßburg. Bei strahlendem Sonnenschein konnten die Teilnehmer einen wunderbaren Eindruck von Straßburg gewinnen. Am Abend konnte ich nochmals auf das eingehen, was die Besucher an diesem Tag erlebt und gesehen hatten. Das Hauptgewicht lag auf den konkreten Arbeitsmethoden des Europäischen Parlaments. Auch gab es noch viele unbeantwortete Fragen, die im Laufe des Tages aufgetaucht waren.



Teilnehmer aus den zehn kreisfreien Städten und Landkreisen des Oldenburger Landes und aus Diepholz besuchten den mich als CDU-Europaabgeordneten in Straßburg. Dort gab es ein umfassendes Informationsprogramm für die Besucher.



Nizza-Vertrag: Nach der Unterzeichnung die Ratifizierung

Die EU-Außenminister haben am 26. 2. in Nizza den im Dezember 2000 von den Staats- und Regierungschefs ausgehandelten Vertrag von Nizza unterzeichnet. Hauptanliegen des Vertrags ist die institutionelle Reform der EU.

Der politische Kompromiss von Nizza war von Experten in wochenlanger Arbeit in einen unterschriftsreifen Vertrag gefasst worden. Der neue Vertrag von Nizza zur Änderung des Amsterdamer Vertrages von 1997 schafft die institutionellen Voraussetzungen für die Aufnahme von bis zu zwölf Beitrittskandidaten ab Ende 2001. Er regelt im wesentlichen die Neugewichtung der Stimmen im Rat, die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen im Rat, die künftige Größe der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments sowie die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Bevor er in Kraft tritt, muss der Vertrag in den 15 Mitgliedstaaten nach den innerstaatlichen Bestimmungen ratifiziert werden. Bei uns in Deutschland müssen Bundestag und Bundesrat zustimmen.

Das Europäische Parlament übt heftige Kritik an dem neuen Vertragswerk. Es ist ebenfalls aufgerufen, darüber abzustimmen, obwohl seine Zustimmung formal nicht unbedingte Voraussetzung für das Inkrafttreten des neuen Vertrages ist. Dänemark und Belgien haben jedoch zu erkennen gegeben, den Vertrag nur bei einem positiven Votum der Europaabgeordneten zu ratifizieren. Deshalb kommt dem EP eine politische Schlüsselrolle zu. Vor der eigentlichen Abstimmung wollen die Parlamentarier einen längeren Beratungsprozess über den Nizza-Vertrag abhalten und Forderungen an den Rat stellen.

BSE: Wohin mit dem Rindfleisch?

Krisen verlangen nach Schuldigen, und im Zweifelsfall eignet Brüssel sich immer gut als Sündenbock. Die BSE-Krise zeigt dies deutlich. Da heißt es, Brüssel ordne Massenschlachtungen an, die EU wolle Bauern zwingen, Rinder zu schlachten, um den Markt wieder in Schwung zu bringen.

Es ist eine Tatsache, dass derzeit jede Menge Rindfleisch unverkäuflich ist. Die Fleischberge kann man nicht wegdiskutieren. Sie verlangen Lösungsansätze. Die Europäische Kommission schlägt vor, Fleisch von jungen Bullen einzulagern, bevor es vollends an Qualität verliert. Andererseits soll Landwirten das Angebot gemacht werden, ihre alten unverkäuflichen Kühe gegen eine Entschädigung loszuwerden.

Was mit dem überschüssigen Fleisch geschehen soll, ist Entscheidung der Bundesregierung. Es muss klargestellt werden, dass die EU keinen Mitgliedstaat zwingt, das Fleisch der geschlachteten Rinder zu vernichten. Mitgliedstaaten wie Deutschland, die die volle Testkapazität für BSE besitzen, haben die Wahl, ob sie das Fleisch für eine spätere Vermarktung einlagern, ob sie es in hilfebedürftige Länder exportieren oder ob sie es vernichten.

Die neue Bundeslandwirtschaftsministerin hat die Vernichtung des Fleisches beschlossen und ist damit im Oldenburger Raum auf laute Proteste gestoßen. Der Deutsche Tierschutzbund hat sogar Strafanzeige gegen die Ministerin erstattet. Als Alternativlösung wurde über einen Export eines Teils des Fleisches z. B. in das hungergeplagte Nordkorea nachgedacht.

Manche sagen, man solle den Markt spielen lassen, statt das Fleisch einzulagern. Sie missachten jedoch, dass das erschütterte Vertrauen der Verbraucher kaum wiederhergestellt wird, wenn der Rollbraten noch einmal drei

Mark weniger kostet. Man muss beachten, dass jeder Preisrückgang Millionenverluste für unsere Landwirte bedeutet. Kurzfristig gibt es also keinen Weg an der Einlagerung vorbei.

Eine weitere Frage ist die der BSE-Tests: Wozu soll man die Rinder erst teuer auf BSE testen, wenn das Fleisch anschließend ohnehin vernichtet wird? Auch dies schreibt Europa nicht vor. Die Tests sind reine Angelegenheit der Mitgliedstaaten und damit eine Entscheidung der Bundesregierung. Dies betrifft natürlich nicht die Frage der Einlagerung oder des Exports des Rindfleisches in Länder, in denen die Menschen Hunger leiden. In diesen Fällen müssen die Tests selbstverständlich durchgeführt werden. Ich hoffe, dass die Entscheidungsträger die Vernunft finden, die derzeitige politische Linie zu überdenken.

Impressum:

Hans-Peter Mayer

Europabüro

Bahnhofstraße 1 Tel.: 0 44 41/92 29 29
49377 Vechta Fax: 0 44 41/92 29 30
E-mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament

Büro 15 E154
Rue Wiertz Tel.: 00 32-2-284 79 94
B- 1047 Bruxelles Fax: 00 32-2-284 99 94
E-mail: hmayer@europarl.eu.int

Mit freundlicher Unterstützung der
Vechtaer Druckerei und Verlag, Vechta

